

# Exklusiver Fisch aus den Teichen eines Bankers

Yves C. Sacher züchtet in Gibswil als Einziger in der Schweiz Lachse

In einer alten Forellenzuchtanlage in Gibswil produziert der Bankangestellte Yves C. Sacher Japanischen Kirschenlachs.

Als «Bachtellachs» verkauft ihn der Teilzeitzüchter an Private, Edelrestaurants und neu mit dem Regionallabel «Natürli».

Adrian Krebs

Die Arbeitswochen von Yves C. Sacher sind lang und gedrängt. Von Montag bis Mittwoch arbeitet er in Zürich bei einer Grossbank. Von Donnerstag bis Sonntag steht die Fischzucht im Mittelpunkt. Für ein Privatleben bleibt da wenig Zeit. Das kümmert ihn nicht: «Was gibt es Schöneres für einen Lachsfreak, als am Morgen aufzustehen, und seine Fische vor der Haustüre zu haben?», fragt er, um gleich zu betonen, dass er damit am Ziel seiner Träume angekommen sei: «Das ist back to the roots.»

«Bub, jetzt musst du selber»

Die Wurzeln des 41-Jährigen liegen im schwyzerischen Wollerau. Als 5-Jähriger hat er auf dem Zürichsee mit dem Fischen angefangen. Die Passion hat ihn das Leben lang nie mehr losgelassen. Seit er 15 ist, praktiziert der Kleinunternehmer das Fliegenfischen; eine Wissenschaft für sich, wie man aufgrund von Sachers leidenschaftlichem Vortrag schliessen kann. Neben dem Fischen hat er auch das Filetieren früh erlernt, erlernen müssen. Als der Sohn täglich Kleinfang heimbrachte, wurde es der Mutter zu bunt: «Bub, jetzt musst du sie selber zerlegen», habe sie befohlen.

Diese Fähigkeit kommt ihm heute bestens zupass. Wenn eine Bestellung reinkommt oder wenn er am Wochenende seinen Verkaufsraum öffnet, dann muss der Alleinunternehmer in Windeseile Dutzende von Fischen töten und



Ein männlicher «Bachtellachs», zu Anschauungszwecken kurz ausgewässert. ADRIAN BÄER

fachgerecht filetieren. Er tut dies mit traumwandlerischer Sicherheit, und es fällt ihm leicht, nebenbei die Geschichte seines Unternehmens zu schildern. Vor fünf Jahren hat er in Gibswil eine ältere Forellenzuchtanlage gekauft. Dazu musste er auch gleich die Wohnliegenschaft des vorherigen Besitzers übernehmen. Heute ist er froh um die Nähe zur Zucht: «Wenn ich einen Tag lang keine Blätter aus den Teichen fische, dann überlaufen mir die Becken.»

Für den Japanischen Kirschenlachs entschied er sich auf der Suche nach einem exklusiven Fisch, den hierzulande noch niemand züchtet. Dieser Ver-

treter der Pazifischen Lachse wird zwar nicht so gross wie der Atlantische Lachs, aber die Qualität, so rühmt Sacher, sei exzellent. Diese Meinung teilen offenbar auch seine Kunden, denen er sein Produkt zu nicht ganz bescheidenen Preisen in geräucherter und frischer Form verkauft. Dazu gehören nicht nur die Privaten, die sich am Samstag im Untergeschoss seines Einfamilienhauses drängen, sondern auch etliche Oberländer Spitzgastronomien.

Der «Bachtellachs», den Sacher einst als Laich aus Japan importierte, hat sich im neuen Lebensraum gut integriert. Die stark schwankenden Wassertempe-

raturen zwischen Winter und Sommer kennt er aus der Heimat. Sacher beteuert auch, dass er wenig krankheitsanfällig sei. Dies sei ihm wichtig, weil er dem Wasser weder Antibiotika noch Hormone beifügen wolle, ergänzt der Züchter. Zudem setzt er auf ein Kreislaufsystem: Das Wasser aus den Becken wird in einem zweistufigen System gereinigt und mehrheitlich in diese zurückgeführt. Im Jahresdurchschnitt müsse er nur rund 30 Prozent des Wassers aus den eigenen Quellen neu zuführen. Damit sei er ökologisch top, sagt Sacher. Offenbar waren auch die Verantwortlichen des Oberländer Regionallabels «Natürli» dieser Meinung. Sie haben den Bachtellachs-Züchter kürzlich zertifiziert und ihm so einen neuen Absatzkanal geöffnet.

Fischreier auf der Webcam

Die Erntesaison, wie das etwas romantisch heisst, ist nun bald vorbei. Jetzt ist wieder der Züchter gefragt. «Am Sonntag laiche ich die ersten Fische ab», sagt Sacher. Dann holt er die schönsten Exemplare aus seinem Zuchtteich, wo er fast jedem Fisch einen Namen gegeben hat. Zuerst streift er im Brutraum einige Weibchen ab, wie man das im Jargon nennt. Mit sanftem Druck drückt er dem Fisch dabei die Eier aus dem Leib und giesst dann die «Milch» des männlichen Tiers darüber.

Die Zellteilung beginnt fast unmittelbar nach der Befruchtung und damit für Sacher eine Zeit, in der er die Brut genau beaufsichtigen muss, bis dann in einigen Wochen die jungen Fische schlüpfen. Vorher aber ruft am Montag wieder das Büro. Um auch dort zu sehen, ob im Betrieb alles rund läuft, hat er eine Webcam eingerichtet. Was er dort sieht, ist nicht immer erfreulich. Zum Beispiel wenn der Reiher einen seiner Lachse aus dem Teich fischt.

www.bachtellachs.ch

JOSITSCH GEGEN STOCKER

## For President!

Jekami im Facebook

brh. · Auf der Internet-Plattform Facebook darf man ja bekanntlich fast alles tun, schreiben und abbilden, was einem gerade so in den Sinn kommt. Das betreiben die meisten als privates Vergnügen, doch inzwischen ist das Vernehmungs-Angebot längst auch zum Polit-Spielzeug geworden. Es gibt keine Wahl und damit keinen Kandidaten mehr, egal auf welcher politischen Ebene, der nicht in der virtuellen Sphäre um Stimmen buhlt; verbunden mit der Aufforderung an die Facebook-Gemeinde, sich bitte auch im realen Leben für ihn einzusetzen – oder wenigstens den richtigen Namen auf den Wahlzettel zu schreiben und viele andere zum gleichen Tun zu veranlassen.

SP-Regierungsratskandidat Daniel Jositsch ist gleich mit drei Facebook-Gruppen im Netz vertreten. Zwei Gruppen heissen exakt gleich («Daniel Jositsch in den Regierungsrat»), die eine ist gross, mit 580 Mitgliedern, die andere klein, mit 43 Usern, die «beitreten» angeklickt haben: So der Stand von gestern Abend. Jene von der grossen Gruppe schreiben auch auf der Seite der kleinen Gruppe und bitten darum, der «richtigen» Gemeinschaft beizutreten (also der grossen Gruppe) oder, noch besser, die beiden Gruppen zu vereinen. Das dritte Jositsch-Facebook-Bündnis zählt 60 Mitglieder und heisst, man staune: «Daniel Jositsch in den Bundesrat!»

Wesentlich geordneter geht es da im Lager von SVP-Kandidat Ernst Stocker zu und her. Seine einzige Facebook-Gruppe zählte gestern 467 Mitglieder, und es gibt keine virtuellen Intentionen, ihn gleichzeitig noch in andere Exekutiven als die kantonal-zürcherische hieven zu wollen. Doch warten wir's ab: Vielleicht darf man schon bald der Gruppe «Stocker for President» beitreten. Oder «Jositsch for President» oder gleich beiden zusammen. Um welches Land oder welches Amt es dabei geht, ist im World Wide Web völlig irrelevant.

## Schildbürgerstreich vermeiden

Breite Koalition für ein Ja zum Geothermie-Projekt in Zürich

ami. · Ein Komitee aus Vertretern von SP, GP, FDP, CVP, EVP und AL hat am Donnerstag für ein Ja bei der Stadtzürcher Geothermie-Abstimmung vom 29. November geworben. Claudia Nielsen (sp.) erklärte vor den Medien, sie habe in ihrer fast 16-jährigen Amtszeit als Gemeinderätin selten eine derart deutliche Einigkeit erlebt wie bei diesem Projekt. Dabei sei dies angesichts des finanziellen Aufwandes – abgestimmt wird über einen Kredit von knapp 39 Millionen Franken – nicht selbstverständlich. Die überaus deutliche Zustimmung des Volkes zu den Krediten für Windenergie und Energiedienstleistungen in der Höhe von immerhin 380 Millionen Franken bestärke sie in ihrer Überzeugung, dass Investitionen in erneuerbare Energien richtig seien.

Keine Salomitaktik

Nicht in diesem einstimmigen Chor mit-singen möchte die SVP, obwohl sie die Geothermie im Allgemeinen befürwortet, wie ihrem Parteiprogramm zu entnehmen ist. Die SVP habe eine finanzpolitische Salomitaktik gewittert, da die ersten 19,89 Millionen Franken des Kredites bereits vom Gemeinderat bewilligt worden sind und diese Mittel hauchdünn unter der Grenze des obligatorischen Referendums von 20 Millionen Franken liegen, wie Niklaus Scherr (al.) ausführte. Doch der Gemeinderat habe beim ersten Kredit die Ausgabenlimite deshalb bewusst ausgeschöpft, um auf jeden Fall ausreichend Mittel für eine erste Erkundungsbohrung im Triemliquartier zur Verfügung zu haben. In der Zwischenzeit sei auch bestätigt worden, dass dieses Geld ausreiche. Der nun vom Volk zu genehmigende Zusatzkredit von weiteren knapp 19 Millionen

Franken würde nur fällig, falls man bei der ersten Bohrung auf genügend Wärme stosse, um diese nutzbar machen zu können. Tritt dieser Fall ein, wäre es laut Scherr ein politischer, ökologischer und ökonomischer Schildbürgerstreich, die Tiefenwärme nicht zu nutzen.

Stromproduktion wäre Ziel

Bernhard Piller (gp.) erinnerte daran, dass das Ziel der Nutzung von Geothermie nicht in erster Linie die Wärme- sondern die Stromproduktion sei, sondern die Stromproduktion. In einem Zukunftsszenario der Stadt macht der Geothermie-Anteil rund 10 Prozent des Strom-Mixes aus. Zwar hofft die Stadt, beim Projekt im Triemliquartier auf rund 80-grädiges Wasser zu stossen. Dies reicht jedoch nur für die Wärme-, nicht aber für die Stromproduktion aus. Die Erkundungsbohrung in der Nähe der VBZ-Haltestelle Triemli wird laut Piller aber Aufschluss darüber geben, wie der Untergrund beschaffen ist und ob in weiteren Tiefen noch höhere Temperaturen vorhanden sind und damit die Möglichkeit, eine Stromproduktion aufzubauen.

Claudia Nielsen hat zusammen mit Davy Graf (sp.) bereits eine Motion eingereicht, die den Stadtrat auffordert, weitere Geothermie-Projekte vorzubereiten. Für die Bohrungen brauche es drei Dinge, sagte Nielsen. Ein Gelände so gross wie ein Fussballfeld, zweimal 80 Tage Bohrzeit sowie die Möglichkeit, die gewonnene Energie in der Nähe zu nutzen. Optimal wären hierfür etwa der Standort Manegg, wo bald ein neues Wohn- und Arbeitsgebiet entsteht, der Zoo, wo mit der Masoala-Halle viel Energie benötigt wird, oder die Kehrichtverbrennungsanlage Josefstrasse, für die ab 2020 ohnehin eine neue Lösung gefunden werden muss.

## FDP klar für Ernst Stocker

Delegierte lancieren Initiative «Umweltschutz statt Vorschriften»

rib. · Der Fall war klar, eine eigentliche Diskussion gab es kaum. Einstimmig haben die Delegierten der Kantonalzürcher FDP am Donnerstagabend in Zürich eine Wahlempfehlung für den SVP-Regierungsratskandidaten Ernst Stocker beschlossen. Damit folgten sie dem Antrag des Vorstands. Parteipräsident Beat Walti betonte, aufgrund der Wählerstärke der SVP sei ihr Anspruch auf zwei Sitze im Regierungsrat grundsätzlich ausgewiesen. Ernst Stocker, so Walti, sei für die Aufgabe als Regierungsrat bestens qualifiziert und biete Gewähr für die Weiterführung der erfolgreichen bürgerlichen Politik in der Regierung.

«Hundertprozentiger SVPler»

Stocker, sagte Walti, kenne die Kantonalzürcher Politik gründlich und von verschiedenen Seiten: als langjähriger Parlamentarier und als Stadtpräsident von Wädenswil – der sechstgrössten Stadt, wie Stocker selber betonte. Stocker, so Walti, habe in den verschiedenen politischen Chargen, in denen er tätig gewesen sei, Kompetenz und Teamfähigkeit bewiesen. Und er zeige jetzt, dass er gewillt sei, sich zusammen mit den anderen bürgerlichen Vertretern in der Regierung für die Realisierung bürgerlicher Ziele einzusetzen. Stocker betonte auf die Frage eines Delegierten nach der Haltung zur eigenen Partei, er sei nicht immer mit allem einverstanden, was die SVP tue. Trotzdem sei er ein «hundertprozentiger SVPler». Mit den Kernforderungen der FDP nach weniger Staat, weniger Bürokratie und leistungsfördernden Rahmenbedingungen könne er sich allerdings voll einverstanden erklären.

Über den Wahltermin vom November hinaus reicht das Projekt, das die

freisinnigen Delegierten am gleichen Abend verabschiedet haben: Ebenfalls ohne Gegenstimmen beschlossen sie die Lancierung einer kantonalen Volksinitiative, die energetische Gebäudesanierungen vereinfachen will. Das Begehren mit dem Titel «Umweltschutz statt Vorschriften» verlangt, dass für Energiesanierungen von Altbauten keine Bewilligung mehr nötig sein soll, sofern das Äussere des Gebäudes nicht wesentlich verändert wird. Wo Bewilligungsverfahren nötig sind, sollen sie beschleunigt werden. Zudem sollen bei energetischen Sanierungen die Bauabstände unterschritten werden dürfen, und Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie sollen in allen Bauzonen erlaubt sein, wenn auf denkmalgeschützte Bauten Rücksicht genommen wird.

Kantonsrätin Carmen Walker Späh, die die Initiative federführend ausarbeitete, betonte, rund 45 Prozent des Energieverbrauchs in der Schweiz entfielen auf den Gebäudebereich. Deshalb sei das Potenzial zum Energiesparen dort besonders gross. Besonders hoch seien aber gerade dort auch die Vorschriften, die bei Sanierungsvorhaben beachtet werden müssten.

Ein urliberales Anliegen

Die Wärmeisolation eines Dachs etwa, so Walker Späh, brauche heute eine Baubewilligung, obwohl das Dach nur um wenige Zentimeter gehoben werde. Die Vorschriften seien kompliziert, das Verfahren dauere meist mehrere Monate und bringe hohe Kosten mit sich. Mit dem vorgeschlagenen Abbau von Vorschriften verfolge die FDP ein wichtiges umweltpolitisches Ziel, verbinde es aber mit dem urliberalen Anliegen, gegen die steigende Regulierungsdichte anzutreten und Bürokratie abzubauen.

## Nicht ohne meine Wohnungsnummer

Änderungen im Gemeindegesetz

üü · Harmonie soll nicht nur Herrn und Frau Schweizer in der eigenen Stube vergönnt sein, sondern auch allen Einwohnerkontrollen des Landes. Wie diese ihre Register zu führen haben, schreibt seit Anfang 2008 das eidgenössische Registerharmonisierungsgesetz (RHG) vor. Das entsprechend geänderte Gesetz über das Gemeinwesen des Kantons Zürich wird nun dem Kantonsrat vorgelegt und tritt voraussichtlich bis Ende Jahr in Kraft. Zu den Änderungen gehört beispielsweise, dass in Zukunft auch Aufenthalte in Kollektivhaushalten wie einem Spital oder einer Straf-anstalt der Gemeinde gemeldet werden müssen. Daneben sollen neue Merkmale im Einwohnerregister eingeführt werden. Neben der neuen AHV-Nummer sind dies die etwas kryptisch anmutenden Abkürzungen EGID und EWID – in ihrer vollen Länge: eidgenössischer Gebäudeidentifikator beziehungsweise eidgenössischer Wohnungsidentifikator. Laut Urs Utiger vom Statistischen Amt des Kantons Zürich dient der Gebäudeidentifikator dazu, jede Person einem Wohngebäude im kantonalen Gebäude- und Wohnungsregister zuzuordnen zu können. Der Wohnungsidentifikator halte fest, in welcher Wohnung in welchem Stock auf welcher Seite jemand lebe. Sein Zweck liegt laut Utiger darin, auch in Zukunft statistische Daten, beispielsweise zur Wohnflächenausnutzung, zu erhalten. Diese wurden bisher jeweils durch die allzehnjährliche Volkszählung erhoben. Die Umsetzung der Wohnungszuweisung sowie die Einführung einer systematischen und einfach kommunizierbaren amtlichen Wohnungsnummer würden – in Zusammenarbeit mit der Post – wohl ein Jahr in Anspruch nehmen und über 5 Millionen Franken kosten.